Flammen, Frost und Ungeziefer vernichtet mit Jahrzehntelang erprobt! KRAEMER & FLAMMER, HEILBRONN A.N.

Millionen Hausfrauen freuen sich über Güte & Wasserkraft Ein unübertrefflich ist!

Amtliche Bekanntmachungen

Nr. 118 **Verbot der Verarbeitung von Obst und Obsterzeugnissen zu Branntwein.**

Auf Grund des Artikels 2 der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die Versorgungsregelung vom 16. April 1921. (R.G.Bl. S. 486) wird mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft angeordnet:

§ 1.

Obst und Obsterzeugnisse aller Art mit Ausnahme von Brennkirschen, von Fall- und Steinobst, das für den menschlichen Genuß untauglich ist, sowie von Trestern dürfen zur Herstellung von Branntwein nicht verwendet werden. Auch das Einschlagen von Obst und Obsterzeugnissen aller Art zum Zwecke der Branntweinherstellung ist verboten. Als Brennkirschen gelten nur solche Kirschen, die sich zum Genuß in rohem Zustand nicht eignen und die herkömmlich in ihrem Erzeugungsgebiet ausschließlich zur Herstellung von Branntwein verwendet werden.

§ 2.

Gesuche um Gestattung weiterer Ausnahmen von dem Verbot sind durch Vermittlung der Bezirksämter an das Ministerium des Innern zu richten.

§ 3.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verfügung werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 100 000 M. bestraft.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Karlsruhe, den 19. Juli 1922.

Ministerium des Innern.
Remmele.

Farren-Versteigerung.

Die Gemeinde Denzlingen versteigert meistbietend am Montag, den 31. Juli ds. Js., nachm. 4 Uhr beim Farrenstall einen zur Zucht untauglichen 3416

Farren.

Bürgermeisteramt.
Rappold.

Farren-Versteigerung.

Die Gemeinde Mundingen versteigert am Dienstag, den 1. August, vormittags 11 Uhr beim Farrenstall einen 3417

fetten Farren.

Der Gemeinderat.

Schweinemarkt
in Ettenheim
Mittwoch, den 2. August 1922.

Mahl-Löhne.

Der Aufsichtsrat der Mühlenvereinigung Freiburg hat mit Wirkung vom 1. August 1922 folgende Mahl- und Schrotlöhne für den Kreis Freiburg festgesetzt:

Mahllohn für den Dz. Getreide Mk. 80.—
Schrotlohn „ „ „ „ Mk. 40.—

Die Nachbarorganisation in Müllheim-Wörrach und Lahr-Offenburg haben bereits dieselben Mahllöhne eingeführt. In Bayern und im Taubergrund ist an Stelle der Barlöhne die Naturalentlohnung mit 8—10% des eingebrachten gereinigten Getreides als Mahllohn getreten, wie es vor dem Kriege war.

Mühlenvereinigung Freiburg.

Schneeweiß

wäscht
Seifenpulver Schneekönig.

Einladung.

Vielfachem Wunsche und dem Bedürfnis entsprechend findet die 3429

Gründung eines Schwimmvereins in Emmendingen

statt. Alle Anhänger und Freunde des edlen Schwimmsportes bitten wir am

Dienstag, den 1. August, abends 8 Uhr

im kleinen Saale der „Brauerei Bauß" zu erscheinen.

Der vorbereitende Ausschuß.

Wirte-Verein Emmendingen.

Zu der am Montag, den 31. ds. Mts., nachmittags 3½ Uhr im „Schwarzwälder Hof" in Emmendingen stattfindenden

außerordtl. Hauptversammlung

laden wir hiermit alle unsere jetzigen und insbesondere unsere ehemaligen Mitglieder aus dem ganzen Bezirk und alle diejenigen, die in den Verein eintreten wollen, mit der Bitte um vollzähliges Erscheinen ein.

Die Tagesordnung ist sehr wichtig und wird zu Beginn der Versammlung bekannt gegeben werden. 3435

Der Vorstand.

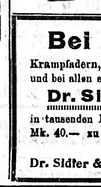
Geschäftseröffnung u. Empfehlung

Ich habe die Kundenmühle der Frau Max Obert Witwe pachtweise übernommen und werde vom 1. August ab jedes Quantum Getreide zur Vermahlung annehmen. Durch meine langjährige Fachkenntnis glaube ich der werten Kundschaft gerecht zu werden. Ich bitte um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Paul Fischer, Müller
Reichenbach-Freiamt.

3418



Korsett-Haus
Lina Maurer, Freiburg i. B.
Salzstraße 4, Fernsprecher 2281.

Erstes Spezialgeschäft am Platze.
Größte Auswahl. Billigste Preise in
Korsetten, Hüftenformer, Leibbinden nach ärztlicher Vorschrift
Reformleibchen für Damen und Kinder.
Anfertigung nach Maß.

Bei Beinleiden

Krampfadern, offenen Beinen, Beingeschwüren und bei allen schwerheilenden Wunden hat sich

Dr. Sidlers Siwalin

in tausenden Fällen glänzend bewährt. Dose Mk. 40.— zu beziehen nur durch Apotheken.

Hersteller: 3295
Dr. Sidler & Co., G.m.b.H., Freiburg.

Zu verkaufen eine 3383
Braunstute
mit Stutfohlen
ein starker
Ponni-Braun
eine 2-jährige eingefahrene
Braunstute.
Zu erfragen bei
Enghauser, Niederhausen.

Eine großrächtige junge **Kuh**
hat zu verkaufen.
Bühler 3400
Keppenbach-Glasfig.

Ein schöner 1 Jahr alter
Wolfshund
ist zu verkaufen. 3412
Haus Nr. 58 Bahlingen.

Zu verkaufen 3 Monate altes 3431
Braunstutfohlen.
Ein Rind oder 2 Klafter Holz werden dagegen in Tausch genommen bei
Karl Ringwald
Wagenstadt.

11-jähriger
Braunwallach
zu verkaufen. 3428
Bahlingen, Haus 66.

Verkaufe rassenreiner kurzhaariger 3437
Deutscher Hühnerhund
4 Monate alt (Gündin).
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Breisg. Nachr.

Zu verkaufen ein neuer
Einspänner-Wagen
bei M. Heberle
Köndringen.

Zu verkaufen 15 Monate alter zur Dressur gut geeigneter 3419
Dobermann-Rüde
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Breisg. Nachr.

Gesucht 2 gebrauchte
Eschenholz-Fäßchen
je 200—250 Liter haltend
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Die Geburt ihrer Tochter
Margrit
zeigen an.
Polizeidirektor
Dr. Bader und Frau
geb. Ringwald.
Mannheim — Emmendingen
28. Juli 1922.

Ich habe mich in **Freiburg** als
Nervenarzt und Facharzt für Hypnose
niedergelassen. 3415
Dr. med. Erich Brodbeck
Freiburg i. Br., Kaiserstr. 109
(gegenüber Hotel Röm. Kaiser).
Telefon 5080.
Sprechzeit: Werktags 2—5 Uhr.
Für auswärtige Patienten Konsultationen in jeder Zeit bei vorheriger schriftl. Anmeldung.

Theodor Engister
Freiburg i. Br.
empfiehlt:
Elektromotoren für alle Spannungen mit Kupferwicklung, Dreschmaschinen mit und ohne Reinigung für Hand- u. Kraftbetrieb, Futterschneidmaschinen für Hand- und Kraftbetrieb -o- Rübenschneider, Putzmühlen, Kreissägen, Bandsägen sowie sämtliche Transmissionsteile - Kernledertreibriemen Ia Qualität
und bitte bei Bedarf um Einholung von Offerte.

Zur gefl. Beachtung.

Einer titl. Kundschaft der Kenzinger Dampfwaschanstalt sei hierdurch nochmals mitgeteilt, daß ich das Geschäft wieder in Eigenbetrieb übernommen habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, den alten guten Ruf meines Betriebs aufs Neue zu festigen und ich bitte um Uebermessung von Aufträgen, für deren pünktliche und streng reelle Ausführung ich jede Garantie übernehme, an meine Annahmestelle Th. Hamm, Emmendingen, Lammstraße 2.

Kenzinger Dampfwaschanstalt
Theodor Kaiser.

3434

Kurzschriftl. Verein
Stolze-Schrey
Emmendingen
Gegr. 1909.

Während der Schulferien finden die Diktierkurse jeweils von abends 8 Uhr ab im Nebenzimmer des Gasthauses z. Bären statt und zwar: Montags Gruppe über 120 Silben, Donnerstags Gruppe 60 bis 120 Silben.

Um pünktliches Erscheinen bittet 3437

Der Vorstand.

Gedenkmünze
für 15jährige Zugehörigkeit zur Feuerwehr 3439
verloren gegangen.
Abzugeben gegen Belohnung bei L. Taussaint, Emmendingen.

Wohnungs-Tausch.

Wer tauscht schöne sonnige 3 Zimmerwohnung geg. ebensolche eventuell auch 4 Zimmerwohnung um. Gefl. Offerten unter Nr. 3438 an die Gesch. bs. Bl.

WER?
jetzt noch gut und billig kaufen will?
Anzüge
aller Art, modern, sowie Sonntags-, Werktags-, und Militärhosen
Sporthosen
Waschjoppen
Sonntags-, Arbeits- und Bergschuhe stets größte Auswahl bei
Federbusch, Freiburg B.
An- und Verkaufsgeschäft
Größtes und bekannt billigstes Geschäft am Platze
3 Adelhauserstr. 3
Fachmännische Bedienung.

Zu verkaufen
in Nimburg a. Kaiserstuhl massiv gewölbter 3420
Weinkeller
auch für Bierbrauerei vorteilhaft.
Angebote an
Rust, Karlsruhe
Kriegsstraße 96 Merkur.

Stacheldraht
zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 3421 an die Gesch. bs. Blattes

Eine einjährige, weiße
Ziege
ist zu verkaufen 3430
Windenreute
Haus Nr. 7.

Para-Gummischlauch
haltbarer und billiger wie Kernleder, können aufgenagelt u. geklebt werden. Für Kinder 15 ℳ, Damen 21 ℳ, u. Herren 26 ℳ. Sammel-Bestellungen von 5 Paar an halbe Porto-Berechnung. Versand gegen Nachnahme. Gummi-Absatz gleich billig. W. Wenzel, Erfurt, Bonifactiusstraße 1.

OEL-BENZ Benzol - Benzin - Oele - Fette
Freiburg i. Br. ✻ Hauptbüro: Kartäuserstrasse 60|62 ✻ Telefon 1660.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreise: durch die Post frei ins Haus Mk. 80.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 90.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einsp. Petitzeile oder deren Raum 2.50 Mk., bei Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 6 Mk. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 60 Mk.

Zur Zeit höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung bei der Druckerei keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Telegr.-Adr.: Dölter, Emmendingen. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1892.
Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstraße 11. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7383.

Nr. 175 — Emmendingen, Montag, 31. Juli 1922. — 57. Jahrgang.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. **Berlin**, 29. Juli. Der Reichsrat stimmte in seiner heutigen Sitzung unter dem Vorsitz des Reichspostministers Giesberts der Verordnung über den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik und der Verordnung über das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof in Verwaltungssachen zu. Bei der ersten Verordnung wurde auf Antrag der Ausschüsse der Zusatz gemacht, daß der besondere Eid, den die Mitglieder des Staatsgerichtshofes zu leisten haben, sowohl religiös als auch in nichtreligiöser Form geleistet werden kann.

Ein Antrag Württembergs wegen Rückzahlung und Verzinsung der Reichsvorschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues ging dahin, daß das Reich auf die Rückzahlung und Verzinsung dieser Vorschüsse verzichten möge. Die Vorschüsse sollten eigentlich am 31. März 1922 zurückgezahlt werden. Das Reichsfinanzministerium hat sich gegen den Antrag hauptsächlich deshalb ausgesprochen, weil der Posten bereits im Etat eingestellt ist. Die Ausschüsse beantragen gleichwohl die Zustimmung des Reichsrats zu dem Antrag und ebenso zu einem Zusatzantrag Hamburgs, daß die von den Ländern bereits zurückgezahlten Vorschüsse vom Reiche verzinst werden, um eine ungleichmäßige Behandlung der Länder zu vermeiden. Der Reichsrat beschloß den Ausschüssen gemäß. Die nächste Sitzung des Reichsrats wird etwa Anfang September stattfinden.

WTB. **Berlin**, 29. Juli. Der Reichsrat stimmte einer Verordnung zu, welche die Anpassung der Grundlöhne bei den Krankenkassen an die Geldentwertung bezweckt, welche trotz der letzten Erhöhung am 9. Juli ds. J. nicht zu umgehen sei. Die Vorlage sieht eine Erhöhung um 50 Proz. vor.

— Der Reichsrat genehmigte ferner die von der Reichsregierung beabsichtigte Ausprägung eines Dreimark-Stückes als Denkmünze für den Verfassungstag vom 11. August. Diese Denkmünze soll im Gesamtbetrage von 60 Millionen Mark geprägt werden.

WTB. **Berlin**, 29. Juli. Der Reichstag hat durch Gesetz vom 26. Mai ds. Js. die Ausprägung von Ersatzmünzen im Nennbetrage von 1, 2, 3 und 5 Mark beschlossen. Ueber Gestalt der Münzen und ihre Metallzusammensetzung hat nach § 1 des Gesetzes der Reichsrat zu befinden. Dementsprechend ist in der heutigen Vollsitzung des Reichsrates der Beschluß gefaßt worden, zunächst 1, 3 und 5 Markstücke auszuprägen. Die Münzen bestehen aus Aluminium mit einem Zusatz von etwa 1 Proz. Kupfer. Die 5-Markstücke erhalten außerdem einen am Rand eingeprägten dünnen Kupferkern.

WTB. **Berlin**, 29. Juli. **Der Reichskohlenrat nahm heute die Anträge einer Entschließung des Reichskohlenverbandes an, wonach Reichskohlenrat und Reichskohlenverband das von der Reparationskommission für die Monate August bis Oktober aufgestellte Lieferungsprogramm an Reparationskohle für unvereinbar mit der deutschen Kohlenlage halten, namentlich angesichts des Rückganges der deutschen Steinkohlenförderung infolge der oberschlesischen Verluste. Ferner wird in der Entschließung auf die Kohlennot in Deutschland und dem Ueberfluß im Auslande sowie auf die widersinnigen Eisenbahntransporte von deutscher Kohle ins Ausland und englischer Kohle nach Deutschland hingewiesen. Zum Schluß wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung dieses Programm ablehnt.**

Berlin, 29. Juli. Staatssekretär Dr. Weißmann gab die Pressestelle der Reichsregierung bekanntgab, dem Berl. Lok. Anzeiger zufolge eine Darstellung über die Beziehungen Leoprechtings zu verschiedenen Reichsstellen zu veröffentlichen.

Berlin, 29. Juli. Lt. Vorwärts traten am Freitag Vertreter der Parteivorstände der Sozialdemokraten und der Unabhängigen zu einer Sitzung zusammen, in der eine Aussprache über die Einigungsfrage stattfand. Es herrschte beiderseits Uebereinstimmung darüber, daß die Selbständigkeit der beiden Parteien in keiner Weise beeinträchtigt werden darf, bis die Parteitage Stellung genommen haben. Es soll aber auch alles vermieden werden, was der Einigung Hindernisse bereiten könnte.

Sonstige Meldungen.

Berlin, 31. Juli. Die Montagspost berichtet über einen schweren Zwischenfall an der luxemburgisch-deutschen Grenze. Zwei Schmuggler, die von deutschen Zollbeamten verfolgt wurden, überschritten die Mosel und verschwanden in Luxemburg. Die deutschen Zollbeamten schossen von der deutschen Seite aus und töteten einen Luxemburger Bauern. Der Zwischenfall soll in der dortigen Gegend lebhafte Unruhe hervorgerufen haben.

WTB. **Warschau**, 30. Juli. In einer Sitzung des Hauptausschusses des Sejm wurde der Beschluß mit welchem der Abgeordnete Korfanty zum Ministerpräsidenten bestimmt war, mit 222 gegen 202 Stimmen aufgehoben. Staatsschef Pilsudski bestimmte dann den Rektor der Jagellonischen Universität, Julian Nowak zum Ministerpräsidenten. In der Abendsitzung des Ausschusses ergab eine Abstimmung 240 für, 184 Stimmen gegen die Kandidatur Nowaks, der sofort an die Bildung des Kabinetts schreitet.

WTB. **Helsingfors**, 30. Juli. Nach einer Meldung der Kasnaja Gazeta hat der Obergerichtshof am 28. Juli das Todesurteil gegen die russischen Geistlichen bestätigt. Das allrussische Zentralkomitee hat ihre Begnadigung befürwortet.

WTB. **Rom**, 29. Juli. **Die Sozialisten haben sich bereiterklärt, an der Neubildung des Kabinetts teilzunehmen. Damit ist eine neue Grundlage für die Lösung der Krise gegeben. Der König hat demgemäß heute vormittag die Verhandlungen mit dem Präsidenten der Kammer und des Senats, Nicola und Tittoni, wieder aufgenommen. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß auch sozialistische Mitglieder des Parlaments vom Könige zur Besprechung der Lage berufen würden.**

WTB. **Paris**, 30. Juli. Der Führer der radikalen Partei, Herriotth, hat gestern einem Pressevertreter erklärt, daß er von der französischen Regierung befragt worden sei, ob er bereit sei, als ihr Vertreter nach Rußland zu gehen, um für die Annäherung zwischen Rußland und Frankreich zu arbeiten.

WTB. **London**, 30. Juli. Der Arbeiterführer Borsch sagte gestern in einer in Leyton gehaltenen Rede, die Lage in Deutschland sei mehr als gefährlich. Wenn die Kommunisten oder Monarchisten ans Ruder kämen, so würden Zivilisation und die Demokratie die Folgen zu tragen haben. Die Alliierten seien der verblendeten Politik Frankreichs gefolgt und dies habe zur gegenwärtigen Lage geführt. Diese Politik müsse aufhören, nicht nur weil sie zu einem Kriege führen müsse, sondern weil es kein anderes Mittel gebe, die große Arbeitslosigkeit Englands zu beseitigen.

WTB. **London**, 30. Juli. Observer schreibt in einem Leitartikel über die Reparationsfrage, Frankreich müsse erwägen, daß wenn Deutschland produzieren und zahlen solle, Frankreich aufhören müsse, mit Garantien militärischen Charakters zu liebäugeln, **die nichts weiter garantieren würden, als den Zusammenbruch der deutschen Mark und im Anschluß daran den des französischen Frankens.**

WTB. **London**, 30. Juli. **Der parlamentarische Ausschuß der Völkerbundsunion hat kürzlich folgende Entschließung angenommen: Die Zulassung Deutschlands in der nächst. Versammlung ist von größter Wichtigkeit für den Frieden Europas. Die Regierung wird ersucht, alle zweckmäßigen Schritte zu tun, um die deutsche Regierung zu veranlassen, um die Aufnahme in den Völkerbund zu ersuchen.**

WTB. **London**, 29. Juli. Reuter meldet aus Helsingfors aus sehr zuverlässiger russischer Quelle, daß über Lenins Gesundheitszustand folgende Informationen eingegangen seien: Arteriosklerose und Ueberarbeitung haben verursacht, daß Lenin einen Schlaganfall erlitt. Deutsche Aerzte wurden herübergerufen und durch elektrische Massage wurde die Sprachfähigkeit Lenins wieder hergestellt, sodaß er bald wieder in der Lage war, sein Krankenlager zu verlassen. Sechs Wochen darauf erlitt er einen zweiten Schlaganfall, der den Verlust der Sprache und Lähmung der Glieder im Gefolge hatte. Lenins Gesundheitszustand ist dauernd sehr ernst, obwohl seine Sprachfähigkeit langsam zurückkehrt; er ist aber nicht imstande zu gehen. Ein dritter Schlaganfall dürfte sehr verhängnisvoll werden. Der zweite Schlaganfall hat bewiesen, daß das Herz sehr schwach ist. Den Aussagen der Aerzte nach zu urteilen, dürfte Lenin nicht fähig sein, seine Arbeiten wieder aufzunehmen und da die heftige Anstrengung einen neuen Bluterguß im Gehirn hervorrufen würde, der unbedingt den Tod Lenins zur Folge hätte. Infolge seines kritischen Zustandes ist Lenin auch nicht transportfähig. Es war zuerst beabsichtigt, daß er im Kaukasus eine Kur durchmachen sollte, während die kommunistische Partei wünschte, daß er sich nach Deutschland und von dort nach einem Bade begeben sollte. Lenin befindet sich gegenwärtig auf dem Lande, in der Nähe von Moskau.

Gewerkschaftliches.

Berlin, 28. Juli. Eine stürmisch verlaufene Versammlung des Vereins Deutscher Lokomotivführer in Berlin führte zu folgender einstimmig angenommener Entschließung: Der neue Verband Deutscher Lokomotivführer steht zu der Frage des Beamtenstreiks auf dem Boden der vom Deutschen Beamtenbund eingenommenen Haltung. Das Recht der Dienstverweigerung darf von den Beamten nicht aus wirtschaftl. Gründen, sondern nur in Anspruch genommen werden, wenn die Reichsverfassung oder die Grundrechte des Berufsbeamtentums gefährdet sind.

Streikbewegung.

WTB. **Hamburg**, 30. Juli. Die streikenden Schiffsingenieure und Seemaschinisten beschlossen, den Schiedsspruch anzunehmen und den Streik abzubrechen. Von 586 abgegebenen Stimmen waren 450 für den Abbruch, 131 dagegen, 6 ungültig.

Badischer Landtag.

Sonntagsruhe. Eisenbahngeneraldirektion Kleine Vorlagen.

TU. **Karlsruhe**, 28. Juli. Zu Beginn der Freitagssitzung wurde vom Präsidenten mitgeteilt, daß von kommunistischer Seite eine Förmliche Anfrage eingegangen ist über die Stellung der badischen Regierung zur Obstruktion Bayerns gegen die Reichsgesetzgebung. Ferner lag ein Antrag vor, der Landtag solle zur Behandlung dieser Frage seine Tagung fortsetzen. Die Anfrage wurde der Regierung zur Kenntnis überwiesen. Ferner war vom Landbund eine Anfrage eingebracht worden, in der Aufklärung über einen von der Pressebteilung der badischen Regierung herausgegebenen Artikel über die Getreideumlage gewünscht wurde. Der Artikel habe besonders hinsichtlich der darin erwähnten Herabsetzung der Freigrenze einige Unruhe in der landwirtschaftlichen Bevölkerung hervorgerufen.

Zur Beratung kommt zunächst ein Zentrumsantrag über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, dem der Ausschuß für Gesuche und Beschwerden eine neue Fassung gegeben hat, wonach in weit ausgedehnten Kirchspielgemeinden und in Gegenden mit entlegenen Orten und Höfen der Landbevölkerung an gewöhnlichen Sonn- und Feiertagen vor oder nach dem Hauptgottesdienst Gelegenheit zum Einkauf von Waren für den täglichen Bedarf gegeben werde. Von demokratischer Seite wurde hierzu ein Zusatzantrag, wonach eine Beschäftigung von Angestellten und Lehrlingen beiderlei Geschlechts an den betreffenden Sonntagen unterbleiben muß.

In längerer Aussprache sprachen sich Redner der Sozialdemokraten und der USP. gegen den Antrag aus. Von Zentrumsseite wurde betont, daß man aus dem Antrag nicht den Vorwurf ableiten könne, als ob damit eine Entheiligung des Sonntags beabsichtigt sei. Es liege unbedingt ein Bedürfnis vor. — Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Ausschusses mit dem von demokratischer Seite erfolgten Zusatz mit großer Mehrheit angenommen. Dafür stimmten Zentrum, Landbund, Demokraten und Volkspartei. Iher Zentrumsabgeordnete enthielten sich der Stimme.

Es folgte die Besprechung der beiden Förmlichen Anfragen über d. Umwandlung der „Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe" in eine „Reichsbahndirektion". Eine der Anfragen ist vom Zentrum, die andere von den Sozialdemokraten eingebracht. Bei der Begründung der Anfrage wurden von dem sozialdemokratischen Redner Vorwürfe gegen die Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe erhoben, die preußischer sei als Preußen. Dem Hause wurde von der sozialdemokratischen Fraktion eine Entschließung vorgelegt, in der zum Ausdruck kommt, daß die Regierung mit allen Mitteln darauf hinwirken müsse, daß die im Staatsvertrag über den Uebergang der badischen Bahnen an das Reich niedergelegten Rechte Badens mit allem Nachdruck vertreten werden müßten. — Der Standpunkt der Regierung ist, wie Finanzminister Köhler ausführt, seinerzeit bei den Verhandlungen der Länder mit dem Reichsverkehrsministerium dahingehend dargelegt worden, daß der Finanzminister damals für das badische Eisenbahnwesen eine Sonderstellung forderte, die seiner früheren Selbständigkeit entsprach. Das wurde damals in dem Schlußprotokoll über diese Verhandlungen ausdrücklich festgestellt. Die neuerliche Verfügung steht also im bewußten Widerspruch zu diesem Zugeständnis. Die Regierung wird unbedingt auf Zurücknahme der Verfügung dringen. Leider fehlt ihr gänzlich die Unterstützung derjenigen Stelle, die die ganze Sache eigentlich angeht. Im Laufe der Diskussion erhielt die sozialdemokratische Entschließung eine Form, daß sie bei der Abstimmung einstimmig angenommen wird. — Es werden dann die noch auf der Tagesordnung stehenden Gesuche und kleineren Vorlagen erledigt und nach 1 Uhr schließt die Sitzung. Nachmittags findet dann die letzte Sitzung statt.

Die Annahme der neuen Wohnungsabgabe in Höhe von 15 Prozent.

TU. **Karlsruhe**, 28. Juli. Nachmittags 4.30 Uhr, trat der Landtag zu seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien zusammen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der kommunistische Antrag über die Fortsetzung der Tagungen zur Besprechung des Vorgehens Bayerns gegen die Republikschutzgesetze abgelehnt. Dann wurde der Gesetzentwurf über die Festsetzung des Staatshaushalts für 1922/23 in zweiter Lesung verabschiedet.

Es folgte die Beratung des Gesetzentwurfs über die Aenderung des badischen Wohnungsabgabegesetzes. Abg. Dr. Glockner (Dem.) berichtete namens des Haushaltausschusses über den Gesetzentwurf, an dem der Haushaltausschuß die einschneidende Aenderung vorgenommen hatte, daß nicht 20 Prozent, sondern nur 15 Prozent Wohnungsabgabe erhoben werden sollen, wovon 7.5 Proz. auf den Staat und 7.5 Prozent auf die Gemeinden entfallen. In seinen Ausführungen hob der Berichterstatter hervor, daß die Ueberteuerung heute das 60—70fache der Friedensbaukosten betrage u. daß dazu noch ein weiteres Hemmnis tritt, nämlich, daß es für die Gemeinden und Bezirkswohnungsverbände sehr schwierig ist, auch die durch die jetzige Wohnungsabgabe gedeckten Anlehen zu erhalten. Der einzige Ausweg sei nur die sofortige kräftige Erhöhung der Wohnungsabgabe.

Namens des Ausschusses beantragte der Berichterstatter: „Die Regierung hat spätestens bis zum 31. Januar 1923 dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Befreiung minderleistungsfähiger Abgabepflichtiger und über den Beizug der Arbeitgeber zu den Lasten des Wohnungsbaues vorzulegen, falls nicht bis Ende

1922 das Reich entsprechende Vorschriften erläßt. Außerdem soll die Regierung berücksichtigen, daß die Wohnungsabgabe mit Rücksicht auf die Zahl der Bewohner, insbesondere der Kinder, die Zweckbestimmung und Größe der Räume und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bewohner (z. B. Kleinrentner, Sozialrentner, Arbeitsinvaliden, Schwer-Kriegsbeschädigte, Kleinbauern, Kleinhandwerker, bedürftige Ruhegehaltsempfänger und Witwen) zu staffeln ist und daß die Arbeitgeber in der Regel zu den Herstellungskosten von Kleinwohnungen in angemessenem Umfang heranzuziehen sind, falls durch Erhöhung der Zahl der Angestellten oder Arbeiter neue Wohnungen erstellt werden müssen.

Ferner wird die Regierung ersucht, die Bauvorhaben, bei denen die Maurerarbeiten vor dem 1. Juli 1922 begonnen wurden, bei der Gewährung von Baudarlehen vorzugsweise zu berücksichtigen, die Privatbauten nach wie vor von der Gewährung von Baudarlehen nicht auszuschließen. Ferner zu prüfen, ob und wie besonders leistungsfähige Privatversicherungen zum Bau von Eigenhäusern gezwungen werden können und zu bestimmen, daß die Mitkaution in den Gemeinden über 4000 Einwohnern bis 31. Dezember 1922 aufgestellt werden müssen. Der Gesetzentwurf wurde ohne Aussprache mit allen Anträgen und Entschließungen mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Demokraten, der Volksparteien und der Deutschnationalen gegen die Stimmen des Landbundes, der Wirtsch. Vgg., der Kommunisten und Unabhängigen in 1. und 2. Lesung angenommen.

Auf eine Anfrage des Abg. Geßhard (Bdb.) über die Art der Unterverteilung der Getreideumlage antwortete Minister Remmele, daß es bei der Unterverteilung der Getreideumlage für die Regierung nur darauf ankomme, ohne Härten eine möglichst vollständige Arbeit zu leisten. Die badische Regierung sei sich der Not der landwirtschaftlichen Kreise gerade in diesem Jahre voll bewußt und versuche deshalb eine Herabsetzung der bad. Ablieferungsmenge zu erreichen.

Nach der Wahl des Landständisch. Ausschusses wurde dem Präsidenten Mittemann im Auftrag aller Parteien von Abg. Marum (Soz.) der Dank für seine erfolgreiche Geschäftsführung ausgesprochen. Präsident Mittemann übertrug diesen Dank auf das Sekretariat, auf die Presse und die Kammerstenographen. — Die nächste Sitzung findet am Dienstag den 7. November statt. Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Uebersicht über die Tätigkeit des badischen Landtags.

TU. Karlsruhe, 28. Juli. Der badische Landtag, der aus den Wahlen im Oktober v. Js. hervorging hat in der soeben abgelaufenen Sitzungsperiode 1921/22 90 öffentliche und 140 Ausschußsitzungen abgehalten. Außer 370 Gesuchen waren dem Landtag 55 Gesetzentwürfe und sonstige Regierungsvorlagen, 123 Anträge, 82 förmliche Anfragen und 72 kurze Anfragen zugegangen. Der Landtag hat in dieser neunmonatigen Arbeitszeit das reiche Pensum nahezu restlos bewältigt, denn es sind nur 5 Regierungsvorlagen, 24 Anträge und 2 förmliche Anfragen unerledigt geblieben.

Von den vom Landtag erledigten 37 Gesetzentwürfen sind besonders zu nennen, die Gesetze über das vereinfachte Enteignungsverfahren, über die Wandergewerbesteuer, über die Durchführung von Kulturverbesserungen, über die Landeselektrizitätsversorgung, über die Majolika-Manufaktur, über die Beteiligung an Kaligewerkschaften in Baden, über die Beteiligung Badens an der Main-Donauwasserstraße, über die Versicherung der Rindviehbestände, über die Abänderung der Landeskirchensteuer- und Ortskirchensteuergesetze, über die Aenderung des Kostengesetzes, der Gemeindeordnung, des Grundbuch- und Notariatswesens, des Forstrafrechts, über die Umwandlung der Staatsbrauerei Rothaus in eine Aktiengesellschaft. Unerledigt blieben der Entwurf eines Polizeigesetzes, der Entwurf über Abänderungen im Fürstorgegesetz und der Gesetzentwurf über die Aenderung des Beamtenrechts in seiner Anwendung auf die Hochschulprofessoren.

Die Wahl des bad. Staatspräsidenten.

TU. Karlsruhe, 27. Juli. Der im Herbst, voraussichtlich Mitte Oktober, wieder zusammentretende Landtag wird sich u. a. auch mit der Frage der Präsidentenwahl zu befassen haben. Da die einjährige Amtszeit des jetzigen Staatspräsidenten Dr. Hummel abgelaufen ist. Das Organ der badischen Zentrumspartei, der „Bad. Beobachter" schreibt dazu: Da nun nach der im Jahre 1919 getroffenen Abmachung die Vertreter aller drei Koalitionsparteien den ersten Staatspräsidenten stellte die Sozialdemokratie in der Person des Herrn Geiß, den zweiten die Zentrumspartei in der Person des Herrn Trunk und den dritten die deutsch-demokratische Partei in der Person des Herrn Dr. Hummel diesen Posten des Staatspräsidenten inne hatten, würde die Frage zu erörtern sein, ob an der getoffenen Abmachung weiter festgehalten werden soll. Wird diese Frage bejaht, so kann man die weitere aufwerfen, ob nach der bisherigen Reihenfolge oder nach der Stärke der Fraktionen vorgegangen werden soll. Das sind Fragen, die zwar keineswegs lebenswichtig sind, aber die politische Oeffentlichkeit in Baden doch sehr interessieren. Einstweilen ist darüber noch nichts bestimmt.

Die Regelung des bad. Staatshaushalts.

Zwei Milliarden Defizit.

TU. Karlsruhe, 27. Juli. Das dem Landtag zugegangene Gesetz über die Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1922 und 1923 enthält eine genaue Darstellung der Einnahmen und Ausgaben des badischen Staates. Danach schließt der Staatshaushalt für die genannten Jahre wie folgt ab: Der Ueberschuß der ordentlichen Einnahmen beträgt für beide Jahre zusammen 188.9 Millionen; die außerordentlichen Ausgaben betragen 363.6 Millionen und die außerordentlichen Einnahmen 126.4 Millionen, sodaß sich ein Mehrbetrag der außerordentlichen Ausgaben von 238.1 Millionen ergibt. Hiernach beziffert sich der Fehlbetrag für 1922/23 auf 49.2 Millionen. Dazu kommen noch aufrecht zu erhaltende Kredite usw. ferner eine Reihe Ausgaben des ordentl. Etats für die Zeit bis zum 31. März 1923 (Mehraufwand für Teuerungszuschläge und für Beamtenbesoldung und für Wirtschaftsbeihilfe), sodaß der Fehlbetrag auf rund 2 Milliarden Mark (genau: 2 095 571 583 Mk.) anschwillt. Dieser Fehlbetrag ermäßigt sich aber infolge von Stellenerledigungen usw. um 45.7 Millionen Mk. Von dem restlichen Fehlbetrag von rund zwei Milliarden ist beabsichtigt, 1 Milliarde durch die im laufenden Betriebsfond vorhandenen Mittel mit 25 Millionen und der Rest mit 1 024 871 583 Mk. durch Einnahmeüberschüsse, die im Laufe der beiden Rechnungsjahre erwirtschaftet werden und insbesondere durch die Zuschüsse des Reiches zum Besoldungsaufwand für die Landesbeamten.

Durch das Gesetz wird sodann die Staatsschuldenverwaltung ermächtigt, unter Aufsicht und Leitung des Finanzministeriums im Wege von Staatsanleihen für Rechnung der Amortisationskasse die Mittel aufzubringen, die nötigenfalls zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der allgemeinen Staatsverwaltung benötigt werden und zwar bis zum Höchstbetrage von 600 Millionen Mark. Der Bedarf für den laufenden Betriebsfonds der allgemeinen Staatsverwaltung wird bis auf weiteres auf sechzig Millionen Mark festgesetzt.

Vermischte Nachrichten.

TU. Mannheim, 28. Juli. Großes Aufsehen erregte hier eine Schiebereiaffäre, in die besonders auswärtige Schuhhändler in Köln und Aachen verwickelt sind. Es soll sich um Millionenwerte von Schuhwaren Handeln, die mittels gefälschter Ausfuhrscheine nach dem Auslande verschoben wurden und wobei auch ein Beamter vom hiesigen Zollamt beteiligt sein soll. Der frühere Speditionsgeschäftsführer, Ernst Diehl, der flüchtig war, wurde in Frankfurt verhaftet.

TU. Zweibrücken, 27. Juli. In Mörschweiler ist eine Familie nach dem Genuß von selbstgesammelten Pilzen erkrankt. Die 25jährige Ehefrau und ein 7jähriges Kind starben, während der Ehemann und ein anderes Kind schwer krank darniederliegen.

MTB. Berlin, 30. Juli. Heute früh fuhr auf der Potsdamer Chaussee unweit Wannsee ein Kraftwagen gegen einen Baum. Eine Insassin wurde sofort getötet; von den anderen drei Insassen erlitt eine Frau eine Gehirnerschütterung, während der Chauffeur und der vierte Insasse leicht verletzt wurde.

MTB. Boitzenburg, 28. Juli. Heute gegen 8.15 Uhr nachmittags hat sich das Postflugzeug D 150 der deutschen Luftreederei 6 Kilom. von Boitzenburg entfernt überschlagen und ist in die Guelzer abgestürzt. Der Führer und die drei Passagiere, anscheinend Amerikaner, haben sämtlich Schädelbrüche erlitten. Die Leichen wurden geborgen. Die Ursache des Unfalls ist noch unaufgeklärt, da das Flugzeug völlig zertrümmert ist.

MTB. Lübeck, 30. Juli. Nach Unterschlagung von vier Millionen Mark (wahrscheinlich in Zehntausendmarkscheinen) wurde der Postbriefschaffner Friedrich Reymond flüchtig.

TU. Das Gebiß aus dem Munde gestohlen. In Landau schlief ein Eisenbahner ermüdet von des Tages Last und Mühe so fest, daß er nicht merkte, daß ihm ein Gauner sein Gebiß aus dem Munde herausstahl. Als der Eisenbahner aufwachte, war das Gebiß verschwunden.

Die Sühne des Heidelberger Bürgermeistermordes.

TU. Brucksal, 29. Juli. Nachdem es das badische Staatsministerium in seiner Sitzung am Montag abgelehnt hatte, in der Strafsache gegen den Doppelmörder Leonhard Siefert aus Olfen im hessischen Odenwald, der am 29. Juni gemeinsam mit Bürgermeister Busse und Werner ermordet wurde, beraubt hatte, von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen, wurde das Todesurteil gegen Siefert heute früh im Hofe des Zuchthauses zu Bruchsal vollstreckt. Die Mitteilung von der Entscheidung des Staatsministeriums war Siefert von einigen Tagen gemacht worden. Er empfing daraufhin in den letzten Tagen auch Besuche von Verwandten von den Verteidigern und vom Staatsanwalt. Auch der Anstaltsgeistliche erschien mehreremals bei ihm und überreichte ihm im Auftrag der evangelischen Kirchenbehörde Badens ein Kruzifix. In der letzten Nacht nahm Siefert das Abendmahl und verbrachte im übrigen seine Zeit mit dem Schreiben von Briefen an Verwandte und Bekannte.

Heute früh, kurz nach 4 Uhr, versammelte sich das vorschriftsmäßige Gerichtskollegium im Hofe des Zuchthauses. Bald nach 4 Uhr wurde Siefert im Auto unter Bewachung von Gerichtsbeamten herangebracht. Nun eröffnete der Staatsanwalt die letzte gerichtliche Handlung. Er verlas die Urteile des Heidelberger Schwurgerichts, des Reichsgerichts und die Entscheidung des badischen Staatsministeriums. Es dann gab er dem Verurteilten auf dessen Wunsch nochmals das Wort. Siefert, der sich sehr aufrecht hielt, war bereits mit dem schwarzen Mantel bekleidet. Er hielt eine längere Ansprache, in der er, pathetisch, wie in allen anderen Verhandlungen vorher, seine Unschuld erklärte. Er nahm dabei unter Anderem das Kruzifix in die Hand, deutete auf die Gestalt des Gekreuzigten und sagte: „So, wie dieser unschuldig gestorben ist, so sterbe ich unschuldig!" — Dabei betete übrigens, wie hier eingeschaltet sei, wohl bei niemandem der Zweifel, daß Siefert der Täter ist. Als Siefert immer noch dauernd weiter sprach, entzog ihm der Staatsanwalt als Leiter der Aktion das Wort und teilte dem Scharfrichter mit, daß das Urteil zu vollziehen sei. Auch unterm Fallbeil sprach Siefert ununterbrochen weiter bis zum letzten Augenblick. Um 4.23 Uhr fiel sein Kopf. Damit hat die schaurige Mordtat, die seinerzeit in aller Welt Aufsehen erregte, ihre Sühne gefunden.

Die badischen Unabhängen zur Einigungsfrage.

TU. Mannheim, 28. Juli. Der Landesvorstand der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Badens veröffentlicht in der „Tribüne" eine Kundgebung, in der mitgeteilt wird, daß der erweiterte Landesvorstand in einer Sitzung u. a. auch zur Koalitions- und Einigungsfrage Stellung genommen habe. Der Landesvorstand habe sich dabei dahin ausgesprochen, daß es nach wie vor seine Aufgabe sein müsse, die Wiedervereinigung des gesamten Proletariats herbeizuführen, keinesfalls könne aber eine Einigung mit einer anderen Partei stattfinden, ohne daß dabei bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Niemals könnte die jetzt so lebhaft erörterte Einigung der U.S.P. mit den Rechtssozialisten zu einem Dauerzustand werden, wenn man als Verhandlungsgrundlage das Görlitzer Programm nehmen würde. Der Landesvorstand der U.S.P. erwartet, daß die Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen die ihr zugesprochenen Aufgaben nicht überschreite. Was darüber hinaus zu geschehen habe, sei vom Reichsparteitag zu bestimmen und dieser habe auch zu erklären, daß eine etwaige Vereinigung der beiden Parteien nicht die Fortsetzung der bisherigen rechtssozialistischen Politik bringen dürfe. Der Landesvorstand der USP. ist ferner der Meinung, daß die Koalitionspolitik die Durchführung einer sozialistischen Politik nicht zuläßt und aus diesem Grunde heut wie eh' früher schon dem Eintritt in eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien ablehnend gegenüber.

Aus Baden.

Eine ernste Mahnung an die Regierung.

TU. Mannheim, 28. Juli. Die gewaltige Demonstration der Presse veranlaßte den Mannheimer Stadtrat, an das Ministerium des Innern nachstehendes Schreiben zu richten: „Infolge der fortgesetzten Steigerung der Preise und der Lebenshaltung von Tag zu Tag verschärft sich die Verzweiflung und verschlechtert. Durch die bevorstehende neuerliche Erhöhung der Preise für das Narkotikum der Gattung des Reichsmietengesetzes und die neuen großen Lasten, welche die Wohnungswirtschaft bringt, wird eine weitere bedeutende Verschärfung eintreten. Die Erregung der Bevölkerung ist groß und verständlich. Der Stadtrat richtet daher an die Regierung das dringende Ersuchen alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, eine unerwünschte Ausbeutung des Volkes zu verhindern und bittet auch die Reichsregierung auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen." An die Bevölkerung richtet der Stadtrat die dringende Bitte, an der Bekämpfung der Verhältnisse durch mitzuhelfen, daß sie der Behörden Maßnahme aller Art zum Vorteil bringt und auf diese Weise die Behörden zu unterstützen sucht.

*

TU. Pforzheim, 28. Juli. Auf dem Bahnhof in Wabenzell geriet der 50jährige verh. Wagenmeister Basler von Calw infolge Unvorsichtigkeit beim Trittbrett unter den Zug und wurde so schwere Verletzungen, daß er starb. Seine Ehefrau erlitt bei der Nachricht von dem Unglücksfall einen Herzschlag und starb ebenfalls sofort.

TU. Pforzheim, 28. Juli. In Ottersheim wurden zwei Männer und zwei Frauen verhaftet, die in umfangreiche Diebereien verwickelt sind und mit den gestohlenen Sachen einen schwunghaften Handel trieben.

TU. Pforzheim 5. Schwetzingen, 28. Juli. Der 80jährige Hermann Vobis von Ottersheim wurde von einer Straßenbahn angängig ist, lebt jetzt von einem Zug überfahren und wurde sofort getötet.

TU. Mannheim, 28. Juli. In der bad. Anilin- und Sodafabrik wurden in den letzten Tagen wiederholt Massenversammlungen abgehalten, die sich insbesondere gegen die Akkordarbeit und Prämienarbeit richteten. Ferner wurde die Einführung einer allgemeinen Versicherung für sämtliche Arbeiter, die Sicherstellung der Rechte der Hinterbliebenen und Freistellung des gesamten Arbeiterrates zur Ueberwachung der Betriebe verlangt. Bei den Verhandlungen die zwischen der Fabrikleitung einerseits, den Gewerkschaften und dem Betriebsrat andererseits bestanden haben, erklärte die Fabrikleitung, daß sie an der Weiterleistung der Akkordarbeit festhalten müsse.

TU. Mannheim, 28. Juli. In der Verhaftung des dänischen Ehepaars in der Nähe von Offenburg wird noch gemeldet, daß die Ehefrau sich als Dienstmädchen bei einer Mannheimer Familie verdingt hatte und dann mit ihrem Mann, der von Beruf Schreiner ist, in Abwesenheit der Dienstherrschaft den großen Diebstahl ausführte, bei dem Schmucksachen im Wert von über 500 000 Mk. und Bargeld in Höhe von 120 000 Mk. beim Diebespaar in die Hände fielen. Sämtliche Wertsachen und ein großer Teil des baren Geldes konnten wieder beigebracht werden. Vor einigen Tagen fuhr das Paar nach Offenburg, wahrscheinlich um sich in die Sommerfrische zu begeben. In der näheren Umgebung von Offenburg erstolpe dann die Verhaftung und inzwischen die Ueberführung ins Mannheimer Gefängnis.

TU. Mannheim, 28. Juli. Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde der 58 Jahre alte geschiedene Kettenarbeiter O. Seufert von der Mannheimer Strafkammer zu 5 Jahren Zuchthaus und 16 Jahren Ehrverlust verurteilt. Wegen des gleichen Vergehens hatte er schon einmal Zuchthausstrafen von insgesamt 15 Jahren zu verbüßen.

TU. Mannheim, 28. Juli. Der Bürgerausschuß beschloß in seiner heutigen Sitzung die Aufnahme eine Anlehens in Höhe von 150 Millionen Mark. In der Aussprache wurde bemerkt, daß der Anleihemarkt gegenwärtig in der Lage sei, die Ansprüche der Stadt zu befriedigen, und man verwies auf die Beispiele anderer Städte, die in Amerika anklopfen. Oberbürgermeister Dr. Kutzer erklärte darauf, daß Verhandlung mit dem Ausland bestehe, aber das Ausland verlange Zinszahlung in Valuta oder zu einem bestimmten Verhältnis dazu. — Die Besoldung der Bürgermeistergehälter, über die sich schon berichtet haben, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten gutgeheißen. Der Vertreter der Unabhängigen beantragte, daß die Erhöhung der Gehälter [illegible] vertagt werden mit der Mahnung zur Sparsamkeit an der anderen Gruppen der Beamten [illegible]

TU. Mannheim, 28. Juli. Augenblicklich befindet sich hier eine Untersuchung in einer größeren Mehlschiebung, an der mehr als 90 Personen beteiligt sind. Weiter hat die Wucherpolizei einen unerlaubten Handel mit Textilwaren aufgedeckt, der ebenfalls demnächst die Gerichte beschäftigen wird. Im 1. Halbjahr 1922 kamen durch die Tätigkeit der hiesigen Wucherpolizei 205 Fälle wegen Preistreiberei, 162 Fälle wegen Kettenhandels, über 200 Fälle wegen unerlaubten Handels, unerlaubter Ausfuhr oder unerlaubter Einreise zur Anzeige.

TU. Offenburg, 28. Juli. In den während des Erzbergerprozesses hier weilenden Pressevertretern gestattete Besichtigung des Spitalkellers ist in der Oeffentlichkeit verschiedentlich verurteilt worden. Der Stadtrat stellt nun ausdrücklich fest, daß kein Zechgelage stattgefunden hat und daß die Veranstaltung in keinem Zusammenhang mit dem Freispruch Killinger stand. Das Zusammentreffen der Veranstaltung mit dem Zeitpunkt der Urteilsverkündung war ein ganz zufälliges, sie sollte am vorhergehenden Tage stattfinden, mußte aber wegen Verhinderung einiger Herren verschoben werden. Die Einladung der Pressevertreter zur Besichtigung der Kellereien und zur Weinkostprobe verfolgte ausschließlich den Zweck, die Kinzigtäler Weine auch über die Grenzen Badens hinaus bekannt zu machen.

TU. Offenburg, 28. Juli. In der Bürgerausschußsitzung wurde mitgeteilt, daß bei den öffentlichen Obstversteigerungen Händler ausgeschlossen sind und niemand über den eigenen Bedarf hinaus steigern darf. Bei der Beratung verschiedener kleiner Vorlagen und der Aufnahme eines Anlehens von 18 Millionen machte der Vorsitzende Mitteilungen über die Finanzlage der Stadt. Die Verschuldung Offenburgs betrug am 1. April bs. Js. 20,5 Millionen. Der Bestand der festen Anleihen ist 33,5 Millionen. Weiter wurde mitgeteilt, daß das Ministerium des Innern die Erhebung einer vorläufigen Umlage wie im Vorjahr genehmigt hat. Aus dem Heugras wurden 970 000 Mk. aus dem Wald 3 Millionen Mark erlöst. Der Bürgerausschuß genehmigte die Vorlagen, darunter auch die Anschlußfrage der Elsaß-Lothringer.

TU. Offenburg, 31. Juli. Die Ueberführung des städtischen Elektrizitätswerkes Offenburg in gemischtwirtschaftliche Betriebsform unter Einbringung in die bestehenden „Elektrizitätswerke Lahr A.-G." wird die Tagesordnung für die auf heute Montag angesetzten Bürgerausschußsitzung bilden. Das Ergebnis der Vorbesprechungen usw. sagt die städtische Vorlage folgendermaßen zusammen: Die Stadt Offenburg bringt ihr Elektrizitätswerk in die Gesellschaft welche nach der Vereinigung die Firma „Elektrizitätswerk Mittelbaden A.-G." führt, ein und erhält dafür 1500 Aktien als Gegenwert. Ferner erhält sie gegen Zahlung des Nennwertes mit 1000 Mk. zusätzlich der Ausgabekosten weitere 1400 Aktien, im ganzen also 2900 Aktien. Das gesamte Aktienkapital beträgt 10 Millionen Mark. Es ist eingeteilt in 10 000 Aktien zu 1000 Mark. An diesem Aktienkapital wird die Stadt Lahr mit 4200, die Stadt Offenburg mit 2900, die Landgemeinden des Lahrer Bezirks mit 504 Aktien beteiligt sein, während der Rest mit 2396 Aktien auf die bisherigen privaten Aktionäre des Lahrer Werkes entfällt. Es erhalten also die an der Gesellschaft vertretenen Gemeinden im ganzen etwa 75 Prozent des ganzen Aktienkapitals, so daß ein ausreichender Einfluß gesichert ist. Der Stadtrat beantragt, der Bürgerausschuß möge beschließen, daß die zur Vereinigung erforderlichen Mittel mit rund anderthalb Millionen M. durch Kapitalaufnahme beschafft werden.

TU. Lörrach, 28. Juli. In Lörrach konnte ein Zwillingspaar von zwei Schwestern das seltene Fest ihres achtzigsten Geburtstags begehen. Die beiden alten Damen befinden sich noch in geistiger wie körperlicher Rüstigkeit.

Bäder und Sommerfrischen.

— Der Besuch unserer deutschen Sommerfrischen und Seebäder ist in diesem Jahre wenig befriedigend. Aus allen Brennpunkten des Sommerverkehrs wird gemeldet, daß dort das Angebot die Nachfrage recht erheblich übersteigt. Von der See, vom Rheine, aus den Hauptplätzen des Harzes und Thüringen, vor allem aber aus Oberbayern berichtet man, daß noch immer Wohnungen, oft in großer Zahl vorhanden sind und zwar zu einer Zeit, wo sonst alle Gaststätten überfüllt zu sein pflegen. Man führt den Fehlschlag auf verschiedene Gründe zurück. Die einen behaupten, die Fremdensteuer habe die Ausländer abgeschreckt, andere wieder, es sei zu wenig Reklame gemacht worden, noch andere, die Forderungen der Gaststätten seien zu üppig ins Kraut geschossen, die meisten aber — und das trifft den Nagel auf den Kopf —, daß weite Kreise der deutschen Bevölkerung nicht mehr in der Lage sind, eine Erholungsstätte aufzusuchen. Nehmen wir einmal diese Gründe unter die Lupe. Die Fremdensteuer ist bisher nicht in solchem Ausmaße erhoben worden, daß sie der valutastarke Ausländer nicht hätte bezahlen können. Die Fremdensteuer kann also nicht ausschlaggebend gewesen sein. Mehr ins Gewicht fallen die seit dem Vorjahre erstaunlich gestiegenen Unterkunfts- und Verpflegungspreise. Sie sind eine durchaus zeitgemäße Folge der vorigen Saison. Diese brachte einen überraschend großen Zustrom von Ausländern. Als diese hier eintrafen, konnten sie für denselben Betrag, den sie zu Hause als anständiges Trinkgeld auszugeben gewohnt waren, in unseren besten Hotels schon eine erstklassige „volle Pension" haben, die dem nicht an Valutagewinn und Schiebergeschäften beteiligten Deutschen bereits vollkommen unerschwinglich war. Das valutastarke Ausland konnte unbehindert Raubbau treiben im schönen Deutschland, das der neuen Lage völlig unvorbereitet gegenüberstand. Die Ausländer zahlten vermöge ihres Dollars, Guldens oder Franken mit Leichtigkeit Preise, die hier verdüsselnd wirkten. Was Wunder, wenn einige Hotel- und Pensionsbesitzer es genau so machten, wie es leider ein großer Teil der handels- und produktionsbeflissenen Deutschen täglich tut. Sie fangen Geschmack an der Sache und schraubten zunächst die Preise nach Möglichkeit hoch. Im Frühjahr kam dann die Tartarennachricht von der bevorstehenden ausländischen Ueberflutung Deutschlands, die noch durch Oberammergau verstärkt werden sollte, und nun sahen sich diese „Mirte" bereits derartig im Papiergeld schwimmen, daß sie jedes Maß verloren. Sie forderten Preise, die schließlich auch dem Ausländer zu hoch wurden. Denn der kommt in den meisten Fällen nicht über die Grenze, um Deutschland zu sehen und es als Sommeraufenthalt seiner Heimat vorzuziehen, sondern um hier sehr wesentlich billiger zu leben, als daheim. Er will neben der Erholung sein Geschäft mit dieser Reise machen. Entsprechen dann die Aufenthaltskosten dieser Valutageier nicht ihren in der Regel sehr hoch gespannten Erwartungen, so ist ihnen eben das Geschäft verdorben und sie ressen unzufrieden ab. Das ist schon im Vorjahr sehr vielen dieser Ausländer so gegangen. Daß diese Leute daheim uns nicht besonders gelobt haben ob unserer von ihnen mißbrauchten Gastfreundschaft, darf wohl als sicher angenommen werden. Sie und ihr Anhang werden bei uns nicht mehr gesehen. Die Valutageier schieden also in diesem Jahre von vornherein aus, so daß der Ausländerstrom schon dadurch eine ganz erhebliche Schwächung und Einbuße erfahren mußte. Die dann noch übrigbleibenden ausländischen Reiselustigen wurden zum Teil durch die bekannten hetzerischen Warnungen in der Auslandspresse von der Reise nach Deutschland zurückgehalten. Man kann es den englischen, französischen, belgischen und holländischen Bäderwirten natürlich auch nicht verdenken, wenn sie ihre Landskinder lieber in ihren Bädern sehen als in Deutsland, von wo sie womöglich noch mit verwöhntem Gaumen zurückkehren.

Was nun den deutschen Besuch betrifft, so ist zweifellos richtig, daß weite Kreise des vor dem Kriege reisenden Publikums heute gezwungen sind, entweder die Sommerreise ganz aufzugeben oder doch sich mit einem bescheideneren Aufenthalt als früher zu begnügen. Daher die neuartige Erscheinung, daß diesmal gerade die kleineren und kleinsten, früher fast unbekannten Plätze nahezu ausnahmslos schon mehrere Wochen vor der Hauptreisezeit voll besetzt waren, während in den bekannten Kurorten noch eine gähnende Leere herrschte. Auch beim deutschen Publikum waren es demnach die Kosten, die viele vom Besuch der altbeliebten Erholungsstätten abschreckten. Sowohl In- als Auslandsbesuch ist also in erster Linie geschwächt worden durch Forderungen, die — für den deutschen Besucher wenigstens — in keinem rechten Verhältnis mehr zur Teuerung standen. Der Bogen wurde überspannt. Untrüglicher Beweis ist der Preisabbau. Im Gebirge und an der See mußte man die Preise senken von einer Höhe, die sogar ein holländisches Bad ermutigten, Deutsche zum Besuch einzuladen, weil sie dort — im Reiche des holländischen Guldens! — billiger leben können als in den großen deutschen Seebädern! Mag es sich auch hier nur um einen Reklametrick handeln, so ist es doch für unsere Preisbildung bezeichnend, daß man überhaupt auf diese Idee kam. (Leipz. N. N.)

Der Sitz des Reichsverwaltungsgerichts

TU. Stuttgart, 27. Juli. Die seit längerer Zeit schwebende Frage, wo der neugeschaffene Reichsverwaltungsgerichtshof seinen Sitz erhalten soll ist jetzt insofern entschieden, als dem Reichsrat der Gesetzentwurf zugegangen ist, wonach Stuttgart als Sitz dieser neuen Behörde in Frage kommt. Es ist anzunehmen, daß auch der Reichsrat und der Reichstag sich dafür entscheiden werde. Um den Sitz des Reichsverwaltungsgerichts haben sich 11 Städte, darunter auch Karlsruhe beworben, das mit zwei anderen Städten, nämlich Dresden und Stuttgart, für eine alsbaldige Unterbringung des Gerichtshofs eintrat. In Stuttgart wird der Reichsverwaltungsgerichtshof in der Villa Reitzenstein untergebracht werden; die württemberg. Regierung hatte diese Villa um den Preis von 5 Millionen Mark erworben und es der Reichsregierung zum Selbstkostenpreis angeboten, das sehr umfangreiche Gebäude mit Nebengebäuden enthält nicht nur Räume für Büroweche, sondern auch für Wohnungen.

Wer trägt die Schuld an den Singener Vorkommnissen?

TU. Singen a. H., 27. Juli. In den hiesigen Blättern wird die Erörterung über die Schuld an den hiesigen Demonstrationsausschreitungen immer noch besprochen. Der schwer angegriffene Bürgermeister Dr. Jäger verteidigt sich in längeren Ausführungen und stellt dabei die vielfach laut gewordene Behauptung, daß er am Demonstrationstag nicht zu finden war, richtig, d. h. er stellt anhand von Tatsachen fest, daß er an jenem fraglichen Tag ununterbrochen in Singen anwesend war. In seinen weiteren Ausführungen erklärt der Bürgermeister als richtig, daß die Schutzmannschaft zu schwach ist. Er habe schon vor Monaten auf seinen Antrag von dem Bezirkskommando der Gendarmerie die Zusage erhalten, daß die Station Singen angewiesen wurde, an der Erhaltung der öffentlichen Sicherheit nach Kräften mitzuwirken und die Gendarmerie sei auch zur Stelle gewesen. Die Vermehrung der städtischen Schutzmannschaft sei aus Sparsamkeitsrücksichten unterblieben.

Zur Getreideumlage.

Die Landwirtschaftskammer hat in ihrer heutigen Vorstandssitzung die vom Reichstag beschlossene Getreideumlage in Baden für unausführbar erklärt. Die Ernte fällt nach dem Stande des Getreides und den bereits zum Teil vorliegenden Ergebnissen sehr viel geringer als im vorigen Jahr aus. Sie erreicht in vielen Gegenden des Landes nicht einmal die Hälfte des vorjährigen Ertrages. Zufolge der an sich berechtigten Bestimmung, daß die Betriebe unter 2 Hektar von der Umlagelieferung befreit sind, fällt die Last der Umlagelieferung mit umso schrecklicherer Wirkung auf die größeren Betriebe. In manchen Amtsbezirken, in denen die Besitzverteilung eine sehr weitgehende ist, sind es nur ganz wenige Betriebe (in einem Bezirk nur zwei), die die Umlage aufzubringen hätten. Eine derartige Erfüllung würde diese Betriebe ruinieren, da die festgesetzten Preise für das Umlagegetreide die Produktionskosten anerkanntermaßen bei weitem nicht decken.

Eine Heranziehung der Betriebe unter 2 Hektar muß unseres Erachtens nach den Beschlüssen des Reichstages als ungesetzlich bezeichnet werden. Auch weist die Landwirtschaftskammer nochmals auf die vernichtende Wirkung der Heranziehung der mit großer Mühe und großen Opfern endlich in Baden in die Höhe gebrachten planmäßigen Saatgutbetriebe hin, wenn diese ihr wertvolles, bereits von der Landwirtschaftskammer anerkanntes Saatgut nunmehr schlechthin als gewöhnliches Umlagegetreide abliefern müssen. Die Folgen für die Saatgutversorgung sind unabsehbar, und niemand wird in Zukunft mehr die Mühe sich nehmen wollen, erstklassiges Saatgut in Baden zu erzeugen.

Der Vorstand beschloß weiterhin, den Herrn Minister des Innern zu bitten, eine Abordnung zur Aussprache zu empfangen.

Aus dem Preisgau und Umgebung.

* Emmendingen, 30. Juli. Das in der Turnhalle ausgestellte Kunstwerk von Metallarbeiter Herrn Karl Obyrad, — eine Lokomotivfabrik in all ihren Einzelheiten bis zur Probefahrt einer Schnellzugslokomotive — erfreut sich eines regen Besuches. Von machmännischer Seite wurde Herrn Obyrad größte Anerkennung zuteil. Die Ausstellung ist heute Montag letztmals geöffnet.

* Emmendingen, 31. Juli. Gestern morgen wurden bei einem hier wohnhaften Italiener zwei grüne Eschen mit je etwa 20 Meter Länge und 20 Ztm. Durchmesser beschlagnahmt, welche derselbe im Stadtwald umgehauen und als Brennholz nach Hause geschafft hatte. Es soll nicht bestritten werden, daß die Brennholzpreise ganz große ist und wird man in dieser Beziehung im kommenden Winter noch auf manches Unangenehme gefaßt sein müssen. Die Frage ist aber doch gewiß gestattet, was würde man in Italien mit einem Deutschen machen, der sich solch eine Frechheit erlaubte.

* Rentenerhöhung. Ab 1. August 1922 erhalten die Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen-, Witwer- oder Krankenrente zu den bisherigen Bezügen monatlich 200 Mk., die Empfänger einer Waisenrente für jedes Kind monatlich 100 Mk. Die Empfänger von Unfallrenten aus gewerblichen Betrieben einschl. Eisenbahndirektionen erhalten ab 1. Juli 1922 die doppelten Beträge ihrer bisherigen Bezüge, die für Juli 1922 zuwenig gezahlten Beträge werden mit den Augustbeträgen am 1. August nachgezahlt. Die in Betracht kommenden Unfallrentenempfänger haben daher bei der Rentenabhebung am 1. August zwei Quittungen vorzulegen. Die Quittungen sind entsprechend vorzubereiten. Die Rentenempfänger, die über die zustehenden Beträge im Zweifel sind, wollen sie am Schalter des Postamtes erfragen und erst dann die Quittungen ausfüllen.

TU. Keine Erhöhung der Eisenbahngütertarife. In den letzten Tagen waren in Industrie- und Handelskreisen Gerüchte von einer angeblich schon zum ersten August bevorstehenden neuen Erhöhung der Eisenbahngütertarife verbreitet. Der „Deutsche Handelsdienst" ist demgegenüber nach Erkundigungen an amtlicher Stelle zu der Feststellung in der Lage, daß für die nächste Zeit keine Erhöhung der Gütertarife auf der Eisenbahn geplant ist. Ob die gegenwärtigen Sätze über kurz oder lang einer Aenderung unterzogen werden müssen, hängt von der Aenderung des Marktkurses ab.

TU. Einfuhr von Orangen, frischen Tafeltrauben usw. Der Beauftragte des Reichskom-

Ministers für Aus- und Einfuhrbewilligung teilt folgendes mit: Nachdem durch Vereinbarung vom 30. Mai 1922 das vorläufige deutsch-italienische Wirtschaftsabkommen in allen seinen Teilen bis Ende Februar 1923 verlängert worden ist, wurden die vereinbarten Einfuhrkontingente neu verteilt und es wurden der Stuttgarter Stelle zur Einfuhr nach Württemberg und Baden größere Sonderkontingente für Apfelsinen, Mandarinen, Pomeranzen, frische Tafeltrauben, Pfirsiche und Tomatenkonserven zugeteilt. Die Aufträge der württembergischen und badischen Interessenten können bei dem Beauftragten des Reichskommissars in Stuttgart (Gymnasiumstr. 1) eingereicht werden.

TU. **Zur Kapitalflucht.** Agenten mannigfacher Art reisen zur Zeit draußen auf dem Lande herum und suchen die Vorstände und Rechner der Kredit-Vereine und Darlehenskassen, sowie auch kapitalkräftige Bauern auf, um sie zur Hergabe von größeren Beträgen auf lange Frist zu bewegen. Dabei werden für die heutige Zeit verhältnismäßig hohe Zinsfüße versprochen. Der Badische Bauern-Verein warnt die ländliche Bevölkerung, ihre Kapitalien auf so lange Zeit — in manchen Fällen auf 10 Jahre — festzulegen. Mehr als je sollte sich der Bauer heute auch dessen bewußt sein, daß alle irgendwie verfügbare Geld wieder dahin fließen soll, wo es für die Landwirtschaft arbeitet, also in die Banken und Kassen der Landwirte. Das Geld ist momentan auch dort äußerst knapp und es wäre nicht zu verantworten, wenn Kapitalien auf die schon erwähnte Weise der Landwirtschaft auf längere Zeit entzogen würden, und dort Früchte trügen, wo man für die landwirtschaftlichen Interessen oft nicht das geringste Verständnis findet.

Bickensohl, 28. Juli. Seit etwa drei Wochen wurde in Achkarren und Umgegend in den Rebhäusern eingebrochen und Lebensmittel und Getränke gestohlen. Bei Tag wurde, während die Leute in den Reben arbeiteten, denselben 9-Uhr- und 4-Uhr-Essen entwendet. Der Verdacht fiel auf einen Mann aus Achkarren, der schon verschiedenes auf dem Kerbholz hatte. Nachdem am letzten Sonntag ein größeres Polizeiaufgebot eine Streife unternommen hatte, welche erfolglos war, haben zwei Jagdaufseher von hier den vermutlichen Täter im Walde schlafend angetroffen und der Polizei übergeben.

TU. **Freiburg**, 28. Juli. Im Hinblick auf die glückliche Vollendung der Wiederherstellungsarbeiten am Turm des Freiburger Münsters und damit in Würdigung seines Verdienstes um die Erhaltung des prächtigen Gotteshauses wurde Münsterbaumeister Friedrich Kempf von der philosophischen Fakultät der Freiburger Universität zum Ehrendoktor ernannt.

TU. **Freiburg**, 29. Juli. Im westlichen Stadtteil kletterten gestern nachmittag zwei Knaben auf den Anhängewagen eines Lastautos. Bei dem Versuche, wieder herabzusteigen, geriet der eine, ein 5jähriger Junge unter die Räder des Kraftwagens. Er starb kurz nach seiner Einlieferung in das Kinderkrankenhaus an den Folgen innerer Verletzungen.

✕ **Waldkirch**, 28. Juli. Der Gemeinderat genehmigte die Aufnahme der Gemeinde Buchholz, Siensbach, Stahlhof u. Suggental in das Milcheinzugsgebiet Waldkirch-Kollnau-Gutach.

✕ **Waldkirch**, 29. Juli. Beim Schützenfest in Steinen im Wiesental beteiligten sich mehrere Herren der hiesigen Schützengesellschaft, die trotz großer Konkurrenz mit ansehnlichen Preisen in die Heimat zurückgekehrt sind.

♣ **Katzenmoos**, 29. Juli. Noch wenige Tage geht es und unsere ausgedehnte Gemeinde hat elektrisches Licht und Kraft, eine Wohltat, auf die sich unsere Bürger schon lange freuen.

⊙ **Siegelau**, 28. Juli. In einem unbewachten Augenblick ertrank hier in einem Hausweiher ein zweijähriges Büblein aus Gutach.

♂ **Aus dem Simonswäldertal**, 29. Juli. Der Darlehenskassenverein des Tales hatte für das Jahr 1921 an Einnahmen 1 515 992.52 Mk., an Ausgaben 1 510 539.33 Mk. zu verzeichnen. Daher ein Reingewinn von 5453.19 Mk. Die Sparkasseneinlagen betrugen 1 411 941.20 Mk., die Zahl der Mitglieder auf 1. Januar 1922: 77.

Turnen, Spiel und Sport.

⊙ **Emmendingen**, 31. Juli. (Gründung eines Schwimmsportvereins in Emmendingen.) Dienstag den 1. August, abends 8 Uhr, findet im kleinen Saale der Brauerei Bautz die Gründungsversammlung des Schwimmsportvereins statt. Die am Sonntag den 23. Juli hier gezeigten Vorführungen der Schwimmsportvereine Freiburg und Lahr haben uns gezeigt, daß das Schwimmen als wahrer Volkssport anzusprechen ist, der in weite Kreise zu tragen die Aufgabe des neuen Vereins sein wird. Das Schwimmen ist in den städtischen Schulen überall als obligatorisches Pflichtfach eingeführt. Pflege und Gesundhaltung des Körpers durch vielseitige Uebungen im Wasser bei staubfreier Luft, Pflege des kameradschaftlichen Geistes in den Uebungsabenden und der sportliche Kampf sollen uns und besonders der Jugend Ersatz bieten in den Jahren schwerer Zeit. Herr Dr. A. Stühmer-Freiburg wird die Versammlung mit einem Referat über „Schwimmen als Volkssport" einleiten. Der Verbandsvorsitzende des Deutschen Schwimmverbandes, Herr Dr. L. Geisow-Frankfurt, läßt ebenfalls hier ein, so daß der Gründungsabend sich sehr anregend gestalten wird. Wir bitten alle Anhänger sowie Freunde des Schwimmens, besonders aber die Eltern der uns gemeldeten Jugend um recht starke Teilnahme an der Gründungsversammlung.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

TU. **Karlsruhe**, 28. Juli. Am Effektenmarkt war das Geschäft in dieser Woche recht ruhig. Die Kurse der meisten Industriepapiere neigten leicht zur Abschwächung. Die Spekulation ist von diesem Verlauf der Dinge nicht gerade entzückt. Die Ursachen der Stagnation sind bekannt. Die Geldknappheit hat sich zum Monatsschluß eher noch verschärft. Nur die Zufuhr ausländischer Kapitalien kann die deutsche Industrie über die jetzige Geld- und Kreditnot hinweghringen. — Dem Devisenmarkt fehlte es an besonderen Anregungen politischer Art. Bei der herrschenden Knappheit an Material muß natürlich schon eine geringe Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln die Kursbewegung stark beeinflussen.

Die Stimmung an den Produktenmärkten dieser Woche war im Durchschnitt fester, aber doch unsicher. Für Wein bestand Nachfrage nach alter Inlandsware, die knapp angeboten und höher bezahlt wurde. Im Lande befindlicher Auslandswein ist reichlich und etwas billiger zu kaufen. Für Roggen lauteten die Forderungen höher und erzielten auch bessere Preise. Neuer Roggen, gesund, trocken in Durchschnittqualität neuer Ernte, ist zu ungefähr gleichen Preisen wie altes Material zu verkaufen. Gerste in alter Ware gefragt und höher. Hafer blieb in knappem Angebot fest.

Der Warenmarkt ist außerordentlich fest. Jede neue Warensendung die beim Detailisten eintrifft, ist teurer als die soeben verkaufte od. noch im Verkauf befindliche. Es ist dies bei der steigenden Entwertung der Mark kein Wunder, da die Gestehungskosten eines Fabrikats infolge höherer Rohmaterialpreise, Löhne, Frachten usw. ständig höher werden. Bei den auf Rohwareneinfuhr angewiesenen Fabrikanten kommt hinzu, daß die fortgesetzten Goldzollerhöhungen ganz wesentlich zur Verteuerung beitragen. Ab 2. August beträgt das Goldzollaufgeld 11 400 v. H., sodaß also von da an die Zölle in der 114fachen Höhe ihres Friedensbetrages erhoben werden. Auslandszucker kostet nun, unverzollt im Hamburger Freihafen liegend, das Pfund 13 Mk., Hamburger Schmalz Marke Kreuz, notierte 77.50 das Pfund verzollt ab Hamburg.

Die Steigerung der Rohhäutepreise ist geradezu katastrophal; einzelne Gattungen zogen bis zu 75 Proz. an. — Der Metallmarkt ist sehr fest. Ein Gramm Gold kostet jetzt 388.— Mk., Platin 1300 Mk., ein Kilogr. Silber 900, fein 11 150 Mk., Zinn 374 Mk., Raffinadekupfer 143.75 Mk., Zink 67 Mk. und Blei 54 Mk.

Zur allgemeinen Lage ist zu sagen, daß die andauernde Markentwertung fortgesetzt einen verschärften Geldbedarf hervorruft. Diese Geldnot ist nur die Folge der mangelnden Entschlußfähigkeit hinsichtlich einer Sanierung der Finanzen und vor allem der Valuta.

Handel und Verkehr.

TU. **Kehler Börse vom 28. Juli 1922.** Die gesteigerten Devisen haben auch die Preise auf dem Getreide- und Futtermittelmarkt wieder in die Höhe getrieben. Die Nachfrage nach Futtermitteln, besonders aber nach Mehl, ist sehr groß. Auf dem Wein- und Spirituosenmarkt herrscht ebenfalls große Nachfrage, der zurzeit kein Angebot gegenübersteht.

Druck und Verlag der Druck- und Verlagsgesellschaft vormals Dölter in Emmendingen. Geschäftsinhaber: Karl Eppig und Wilhelm Jundt Erben.
Für die Redaktion verantwortlich i. V.: D. Krauth, Emmendingen.

Conrad Lutz, Emmendingen
bekannt für
beste Ware, gute Auswahl, mässigen Preis

Achtung!
Derjenige Herr
der am Freitag, den 28. Juli
einen Herrn, der nach
Winterthur
reiste, zum Zuge 9⁰⁵ vormittags begleitete, wird gebeten beim Stationsamt Emmendingen vorzusprechen.

Freibank Emmendingen.
Morgen Dienstag von 8 Uhr ab wird
Kuhfleisch
das Pfund zu Mk. 40.— ausgehauen.

Farren-Versteigerung.
Die Gemeinde Mundingen versteigert am Dienstag, den 1. August, vormittags 11 Uhr beim Farrenstall einen 8417
fetten Farren.
Der Gemeinderat.

Juwelier Fuhrmann
Kaiserstr. 18 Freiburg i/B. b. Siegesdenkmal
Juwelen, Gold, Silber

Todes-Anzeige.
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern lieben Vater, Grossvater, Schwiegervater und Bruder
Karl Heinrich Hess
Landwirt
nach langem, schwerem Leiden im 79. Lebensjahr zu sich in die ewige Heimat abzurufen.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Teningen, den 30. Juli 1922.
Die Beerdigung findet am Dienstag, 1. August, nachmittags 4 Uhr statt. — Beileidsbesuche werden im Sinne des Verstorbenen dankend abgelehnt. 8445
Dies statt besonderer Anzeige.

Zahn-Praxis
Norbert Ruh, Dentist
Freiburg i. B., Rosastr. 19
1 Minute vom Bahnhof
Spezialität:
Künstliche Zähne
ohne Gaumenplatte
Zahnbehandlung
Zahnziehen
nach schmerzloser Methode
Goldkronen
Goldplomben
Durch die Verwendung von nur besten Zähnen u. Materialien und meiner 23jährigen Fachkenntnisse gewähre ich auf alle Arbeiten mehrjährige Garantie

Amtliche Bekanntmachungen

Nr. 115 **Festsetzung der Kaminfegergebühren betr.**

Der durch bezirkspolizeiliche Vorschrift vom 28. Juni 1922 festgesetzte Teuerungszuschlag von 600% zu den Grundgebühren der Kaminfeger wird mit Wirkung vom 1. August dieses Jahres an auf 1200% erhöht.

Diese Festsetzung erfolgte auf die Dauer von drei Monaten vorbehaltlich früherer anderweitiger Regelung

Emmendingen, den 28. Juli 1922.
Bad. Bezirksamt.

Schaufensterauslage
zu verkaufen
bestehend aus Vorderscheibe 2.40 m breit, 2.10 m hoch, Seitenscheibe u. Ladentüre alles in Eisenrahmen, Scheerengitter und innerem Glasabschluß.
Anzusehen und Auskunft
Kaiserstraße 134, Freiburg i. B.
O. & F. Geiges, Baugeschäft, Tel. 4132

Ein jeder schlaue Kopf
der Geld sparen will
denke
gerade jetzt in der Zeit der steigenden Preise
an
den Einkauf und bestelle schnellstens
seine
ihm im Geschäft und zum Privatgebrauch fehlenden
Druckarbeiten.
Preisangebote m. Muster stets zu Diensten
Druck- u. Verlagsgesellschaft
vorm. Dölter, Emmendingen.

Fahrrad-Gummi
Versende gegen Nachn.
Fahrrad-Mäntel
prima Qualit. 175, 195 M.
extra pr. Qual 225, 240 M.
Gebirgsdecken
extra prima 260 M.
Ia Gleitschutz 315 M.
Fahrr.-Schläuche 48 M.
prima Qualität 58 M.
extra prima 68 u. 78 M.
Emil Levy, Hildesheim

Eine großträchtige

Kuh
nahe am Ziel, preiswert zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zu verkaufen 9 Monat alter
Hund
(Rottweiler)
Gasthaus z. Ochsen
Teningen.

Achtung
Wegen Platzmangel bitte ich die verehrte Kundschaft die mir gebrachten
Reparaturen
innerhalb 8 Tage
abholen zu wollen, da ich sonst keine Garantie übernehme. 3449
Karl Bodenweber
Blechnermeister
Emmendingen.

Verheirateter
Gärtner
im Nutz- und Ziergartenbau durchaus bewandert, aufs Land (unmittelbare Nähe Freiburgs) gesucht.
Meldungen mit Bild, Zeugnissen und Gehaltsansprüchen unter Nr. 3407 an die Gesch. ds. Bl.

Gesucht kräftiger 3408
Junge
der Lust hat, die Metzgerei und Wursterei gründlich zu erlernen.
Karl Obergfell, Triberg.

Mann oder Frau
m. etw. Bargeld verdient sich 3—5000 M monatl. durch leicht. Verkauf begehrt. Angeb. Näheres Sanitasverlag Heidelberg 97.

Fräulein
kath. 29 J., sucht Stelle in gutem Hause als Stütze od. zu Kindern, ist im Kochen sow. im Nähen gt ausgebildet, wünscht Familienanschluß.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Häuser
und Geschäfte verkauft
M. Busam, Karlsruhe
Herrenstr. 38.

Wir liefern
Wäsche-Aussteuer
auch
einz. Leib- u. Hauswäsche
Berufs- u. Arbeiterkleider
noch billig, an sichere Leute auch gegen bequeme Abzahlung.
Reichhaltige Preisliste gratis geg. Mk. 2.- Rückporto
F. OLDEHUS
Neumünster i. Holst.
Scheussberg 58.

Ia Schweinskopfe
mit dicken Fettbacken,
garant. gesunde Ware von best. Landschweinen, mild gesalzen, Versand in 10-Pfd.-Postpaketen Mk. 400.— portofrei Nachn. 2973
W. Peter Pape,
Hamburg 4 B. N. Fleischwaren-Großhandlung.

Theodor Engster
Freiburg i. Br.
empfiehlt:
Elektromotoren für alle Spannungen mit Kupferwicklung, Dreschmaschinen mit und ohne Reinigung für Hand- u. Kraftbetrieb, Futterschneidmaschinen für Hand- und Kraftbetrieb -o- Rübenschneider, Putzmühlen, Kreissägen, Bandsägen sowie sämtliche Transmissionsteile - Kernledertreibriemen Ia Qualität
und bitte bei Bedarf um Einholung von Offerte.